



VERWALTUNGS-AKADEMIE DES BUNDES

o. Univ.-Prof. Dr.

THEO ÖHLINGER

Direktor

An das
Präsidium des
Nationalrates

Parlament
1010 Wien

GESETZENTWURF
65 -GE/19- P2
Datum: 05. AUG. 1992
07. Aug. 1992
Verteilt: [Signature]

Dr. Öhlinger

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über Gleichbehandlung und Förderung von Frauen im Bundesdienst und über Änderungen des Ausschreibungsgesetzes und des Verwaltungsakademiegesetzes;
Stellungnahme der Verwaltungsakademie

In der Anlage wird die Stellungnahme der Verwaltungsakademie zu dem mit Schreiben des Bundeskanzleramtes vom 10. Juni 1992, GZ 141.210/1-I/11/92, versendeten Gesetzesentwurfes übermittelt.

Wien, am 30. Juli 1992

Der Direktor:

Th. Öhlinger

GZ.: 1134/1/92

An das
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2
1010 Wien



VERWALTUNGSAKADEMIE DES BUNDES

o. Univ.-Prof. Dr.

THEO ÖHLINGER

Direktor

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über Gleichbehandlung und
Förderung der Frauen im Bundesdienst und über Änderungen
des Ausschreibungsgesetzes und Verwaltungsakademiegesetz

Der mit do. GZ 141.210/1-I/11/92 übermittelte Entwurf eines Bundesbediensteten-Gleichbehandlungsgesetzes gibt aus der Sicht der Verwaltungsakademie des Bundes zu folgender Stellungnahme Anlaß. Diese bezieht sich ausschließlich auf Art. III des Entwurfes, der eine Novellierung des Verwaltungsakademiegesetzes vorsieht.

Zu Art. III Z.1: Die Verwaltungsakademie wäre mit ihren derzeitigen räumlichen und personellen Ressourcen nicht in der Lage, Blockseminare während der Schulferien mit gleichzeitiger Kinderbetreuung durchzuführen. Es wird daran erinnert, daß mangels eines erforderlichen Kontingents an Überstunden die Ferienzeit zum Zeitausgleich genutzt werden muß und ferner der Bau der Verwaltungsakademie (Schloß Laudon) jährliche Reparaturen erfordert, die in den Monaten Juli und August durchgeführt werden müssen.

Auch während der Vorlesungszeit (September bis Mitte Juli) würden derzeit weder Räume noch Personal für eine Kinderbetreuung zur Verfügung stehen. Es gibt jedoch eine Zusage der Gemeinde Wien, Kinder von Seminarteilnehmern, für die keine andere Betreuungsmöglichkeit besteht, während der Seminardauer in einem Städtischen Kindergarten aufzunehmen. Diese Zusage wurde in den letzten 10 Jahren nur ein einziges Mal in Anspruch genommen.

Zu Art. III Z. 2: Die hier vorgesehenen Seminare über Gleichbehandlungsfragen und zur Information von Frauen über ihre Rechte sowie Fortbildungsseminare für Gleichbehandlungsbeauftragte werden von der Verwaltungsakademie schon seit längerem auch ohne gesetzlichen Auftrag durchgeführt.

Zu Art. III Z. 3 (§ 34 Abs. 2): Nach Ansicht der Verwaltungsakademie kann es nicht der primäre Zweck der Führungskräftebildung sein, über Inhalt und Zielsetzung des Bundesbediensteten-Gleichbehandlungsgesetzes zu informieren.

Selbstverständlich ist der Idee der Gleichbehandlung von Frauen und Männern in der Führungskräftebildung der gebotene Platz einzuräumen und wurde ihr auch schon bisher eingeräumt. Dem bisherigen Konzept der Führungskräftebildung der Verwaltungsakademie entspricht es allerdings, von der Praxis und den realen Problemen und nicht von Gesetzestexten auszugehen. Unter diesem Gesichtspunkt würde die Verwirklichung des vorgesehenen § 34 Abs. 2 und 3 Verwaltungsakademiegesetz eine sinnvolle Führungskräftebildung geradezu verhindern, da dieser das Konzept von Verhaltenstraining und Training der Kommunikationsfähigkeit und nicht der frontale Vortrag über Inhalt und Zielsetzungen von Gesetzen - wovon die Formulierung des Entwurfs auszugehen scheint (arg.: "Gegenstand") - zugrundeliegt.

Die Verwaltungsakademie des Bundes war schon bislang stets bestrebt, den Problemen der Frauen und dem Anliegen der Gleichbehandlung in ihren Programmen sowohl der beruflichen Weiterbildung als auch der Führungskräftebildung voll Rechnung zu tragen. Es ist ihr gegenüber vom do. Ressort auch nie eine Kritik vorgetragen worden. Sollten dennoch nach Ansicht des do. Ressorts Defizite in dieser Hinsicht bestehen, so ersucht die Verwaltungsakademie, diese aufzuzeigen. Sie wird nach Kräften bemüht sein, solche Mängel abzustellen. Demgegenüber erscheint der Verwaltungsakademie ein abstrakter Gesetzesauftrag entgegen dem Problembewusstsein der Betroffenen, der überdies, wörtlich genommen, die Einstellung des bisherigen - und, wie die Verwaltungsakademie meint, im Prinzip bewährten - inhaltlichen und methodischen Konzepts der Führungskräftebildung erzwingen würde, ohne ein für die Verwaltungsakademie erkennbares anderes sinnvolles Konzept an dessen Stelle zu setzen, nicht sehr zweckmäßig.

Sinnvoll erscheint der Verwaltungsakademie eine bevorzugte Zulassung von Frauen zu Führungskräftebildungen.

Zu Art. III Z. 3 (§ 34 Abs. 3): Die Verwaltungsakademie bietet jetzt schon Seminare über Gleichbehandlungsfragen an. Teilweise konnten diese Seminare allerdings mangels einer Mindestanzahl von 10 Teilnehmern nicht durchgeführt werden. Sie wird in Zukunft - auch ohne gesetzliche Verpflichtung - Seminare über Inhalt und Ziel des Gleichbehandlungsgesetzes organisieren. Einen Zwang zur Teilnahme kann die Verwaltungsakademie aber nicht ausüben.

Zusammenfassend wird festgehalten, daß der Entwurf einer Novelle zum Verwaltungsakademiegesetz nicht als effizienter Beitrag zur Lösung der Gleichbehandlungsproblematik im öffentlichen Dienst erscheint und effizientere Beiträge von Seiten der Verwaltungsakademie auch ohne Gesetzesänderung möglich erscheinen. Die Verwaltungsakademie ist zu einer Kooperation in diesen Fragen gerne bereit.

Unter einen werden 25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Wien, am 24. Juli 1992

Der Direktor:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. H. H.', with a long, sweeping horizontal stroke extending to the right.